

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0390/WP17
Federführende Dienststelle:		Status:	öffentlich
Fachbereich Verwaltungsleitung		AZ:	
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum:	31.01.2018
		Verfasser:	
Ratsanträge			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
07.02.2018	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeister).

Philipp

Oberbürgermeister

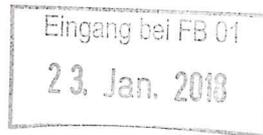
Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden mehrere Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 326/17

22. Januar 2018
GRÜNE 03 / 2018

Ratsantrag

Aktionsplan Verkehrssicherheit erweitern – Große Kreuzungen umbauen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Für ein sicheres Miteinander aller Verkehrsteilnehmer müssen insbesondere die großen unübersichtlichen Kreuzungen verändert werden. In einem ersten Schritt werden hierzu die Kreuzungen Hansemannplatz und Kaiserplatz unter der Prämisse „Sicherheit vor Kapazitätsoptimierung“ rad- und fußgängersicher überplant und umgebaut. Bewährte Konzepte aus Nachbarländern sollen dabei in Betracht gezogen werden. Entsprechende Haushaltsmittel sind bereitzustellen.

Begründung:

Der Anteil des Radverkehrs am Modal Split beträgt in Aachen derzeit 11 %. Dieser Anteil ist seit den neunziger Jahren nahezu unverändert, obwohl die Fahrradinfrastruktur ausgebaut wurde. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass das Radfahren für viele Menschen in Aachen zu gefährlich ist. Trotz aller Bemühungen in Schulen und Kindergärten, junge Menschen frühzeitig zum Radfahren zu bringen, verändert sich der Anteil des Radverkehrs am Gesamtaufkommen nicht. Im Gegenteil hat die Angst vor dem Radfahren durch schwere Unfälle mit Todesfolge in den letzten Jahren zugenommen. Die Sicherheit im Radverkehr ist deshalb eine vordringliche Aufgabe. Ein erster Schritt zur Erreichung dieses Ziels wäre die Umgestaltung von unübersichtlichen Kreuzungen. Dass und wie das möglich ist, zeigen uns unsere niederländischen Nachbarn.

Beispielfoto:



Die Überplanung muss zu einem sicheren Nebeneinander von Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, Autos und Bussen führen. Denn je mehr Menschen auf Bus, Bahn und Fahrrad umsteigen können und wollen, desto besser kommen auch die voran, die auf das Auto angewiesen bleiben.

Besonders die Kreuzungen auf dem Alleenring sind in der Vergangenheit rein aus verkehrstechnischer Sicht für eine maximale Durchlässigkeit des Kfz-Verkehrs geplant worden. Deshalb müssen sie nach und nach mit einer klaren Ausrichtung auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen umgebaut werden. Bei den Kreuzungen Hansemannplatz und Kaiserplatz (inkl. Umfahrung und Nebenkreuzungen) ist eine solche Umplanung besonders dringend notwendig.

Kurze Umsteigewege für den ÖPNV sollen bei diesen Umplanungen als weiteres Ziel berücksichtigt werden – auch aus Gründen der Verkehrssicherheit.

Mit freundlichen Grüßen

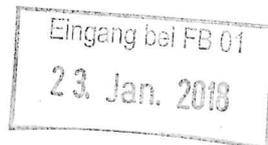
Melanie Seufert
Fraktionsvorsitzende

Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen



Mara Lux (AfD)
Ratsfrau

Tittardsfeld 7
52072 Aachen

Mara_lux@web.de

22.01.2018

Ratsantrag: Auswirkungen des beabsichtigten Bergbaus im benachbarten Belgien auf Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Rat der Stadt Aachen umgehend in einer schriftlichen Ausarbeitung über die Folgen, die die beabsichtigte Minenerschließung in der Region Plombières, Lontzen, Kelmis (Belgien) auf Aachen hat, umfänglich zu informieren und mögliche Maßnahmen zur Risikoabwehr und Information der Öffentlichkeit vorzustellen und einzuleiten.

Begründung

Das Unternehmen WalZinc Sprl, B-Wavre beabsichtigt den großflächigen Abbau von Blei, Zink sowie seltenen Erden (u.a. Lithium, Thallium, Cadmium) in der Region Plombières, Lontzen, Kelmis.

Die Zentrale des Abbaus soll auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofes in Montzen errichtet werden.

Derzeit sind Probebohrungen beantragt.

Durch aktiven Bergbau in der benannten Region muss sich die Stadt Aachen unter anderem mit folgenden Risiken intensiv auseinandersetzen, die in einem Gutachten detailliert zu beleuchten sind:

1. Gefährdung durch ein Absinken des Grundwasserspiegels

Grenznahe Naturschutz- und Landwirtschaftsgebiete sowie Quellbereiche für viele Bäche (Wurm, Johannisbach, Pau, Paunell, Kannegießerbach, Inde oder Rollefbach) könnten durch das Absinken des Grundwasserspiegels durch den Bergbau massiv gefährdet werden (Austrocknen). Ebenso für die Landwirtschaft sind die Folgen nicht zu unterschätzen.

Des Weiteren ist konkret der Aachener Dom in seinem Bestand gefährdet, da es durch das Absinken des Grundwasserspiegels unter dem Gebäude zu Rissen im Fundament und einer Substanzgefährdung kommen kann!

2. Drohende Grund- und Trinkwasserverunreinigung

Bereits die beantragten Probebohrungen können bereits Auswirkungen auf die Stadt Aachen haben, da bei der Tiefe der Bohrungen alle Grundwasserstockwerke durchbohrt würden und so die teilweise toxischen Stoffe in wässrige Lösung übergehen und in das Grund- und somit auch das Trinkwasser eintreten könnten. Die Fließrichtung des Grundwassers verläuft dabei von Montzen nach Aachen.

3. Erdbeben und Einsturzgefahr von Gebäuden

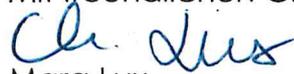
Unterirdische Bohrungen über eine solch große Fläche (geologische Untersuchungen über eine Gesamtfläche von 146 km² beantragt) bergen stets die Gefahr von geologischen Verwerfungen und Erdbeben. Die Nachweispflicht liegt nach deutschem Recht dabei bei dem Geschädigten und nicht bei dem Bergbauunternehmen, was lange Verfahren nach sich ziehen kann.

4. Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Feinstäube

Durch die oberirdische Verarbeitung von schwermetallhaltigem Metall bleibt zu prüfen, ob die entstehenden Feinstäube bei entsprechender Windrichtung und -stärke auch auf die Lebensqualität der in Aachen lebenden Menschen Einfluss haben.

Eine umfassende Information der Mitglieder des Stadtrates und der Öffentlichkeit ist zwingend nötig, um frühzeitig über die Auswirkungen des geplanten Bergbaus im grenznahen Belgien aufgeklärt zu werden.

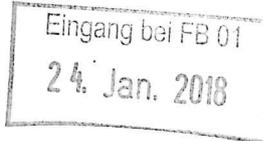
Mit freundlichen Grüßen



Mara Lux

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Nr. 328/17

Aachen, 24. Januar 2018

Ratsantrag: "Verdrängungsatlas" für Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Forschungsarbeit über das Ausmaß und die Erscheinungsformen der Verdrängung durch Mietpreiserhöhungen in Aachen zu initiieren.

Begründung

Nach einer Umfrage der Caritas sehen 74 Prozent der Befragten die Gefahr ihre Wohnung zu verlieren (Vgl. [1]). Hierfür werden u. a. steigende Mietpreise im Innenbereich von Großstädten angeführt. Auch im Wohnungsmarktbericht 2016 finden sich entsprechende Vermutungen [2, S. 37] und der neugegründete »Strategiezirkel Wohnen« der Aachener Stadtverwaltung erkennt Verdrängungseffekte der Stadtbevölkerung in das Umland als Folge steigender Mieten in der Innenstadt [3]. Hierzu fehlen allerdings ebenso Individualdaten, wie auch über die Häufung innerstädtischer Umzüge [2, S. 36].

Als Arbeitsgrundlage für den Strategiezirkel und politische Gremien ist daher ein sozialraumbezogener Überblick über das tatsächliche Ausmaß der Verdrängung unerlässlich.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Lasse Klopstein

~ Literaturverzeichnis umseitig ~

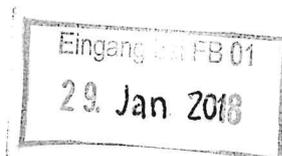
Literaturverzeichnis

- [1] Caritas warnt vor wachsender Wohnungsnot. *in: »Aachener Nachrichten«*, 11. Januar 2018.
- [2] Stadt Aachen (Hrsg.). *Wohnungsmarktbericht 2016: Fakten und Daten zum Aachener Wohnungsmarkt*. Stadt Aachen, September 2017.
- [3] Stadt Aachen – Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration. *Vorlage - FB 56/0122/WP17: Gründung Strategiezirkel Wohnen*. 22. Dezember 2017.



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 329/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 18.006 / SPD AT 79/18

Aachen, den 26. Januar 2018

RATSANTRAG

Ausbau von Kita und Schulen beschleunigen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, den Kita- und Schulausbau in der Planungsphase zu beschleunigen. Dazu sollen mit verschiedenen Planungsbüros Rahmenverträge für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren geschlossen werden. Die Rahmenverträge sind auszuschreiben.

Begründung

Die Stadt Aachen stößt, trotz vorhandener finanzieller Ressourcen aus eigenen Mitteln und Fördermitteln, bei der Geschwindigkeit des Ausbaus von Kindertagesstätten und Schulen an Grenzen. Als Grund für Verzögerungen werden häufig fehlende Planungskapazitäten genannt. Die Verwendung bereit bestehender Mittel ist dadurch verlangsamt.

Die Vergabe von Planungsleistungen an externe Büros kann hierbei Abhilfe schaffen, wenn sie kontinuierlich und mit festen Partnern erfolgt. Die Vergabe an externe Büros ist geboten,

da eine Behebung des Planungseingpasses durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kurzfristig nicht realisierbar ist.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Peter Tillmanns

jugendpol. Sprecher
CDU-Fraktion



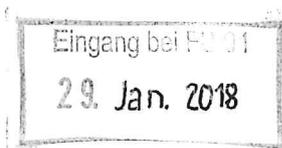
Patrick Deloie

jugendpol. Sprecher
SPD-Fraktion



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 330/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 18.007 / SPD AT 80/18

Aachen, den 29. Januar 2018

RATSANTRAG

Förderung des Vereins Freunde und Förderer freier Netzwerke in der Region Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, den Verein „Freunde und Förderer freier Netzwerke in der Region Aachen V.i.G.“ bei seinem Bestreben, freies Internet in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, in öffentlichen Gebäuden und Plätzen in Aachen verfügbar zu machen, zu unterstützen. Die zur Verfügung gestellten Mittel dienen insbesondere dem Betrieb und der Wartung dafür notwendiger Infrastruktur.

Begründung

Ein freier und unproblematischer Zugang zum Internet ist für die Kommunikation in Zeiten der Digitalisierung von erheblicher Bedeutung. Zur Beschleunigung des Aufbaus eines kostenfreien WLAN-Angebotes soll die Arbeit des Vereins „Freunde und Förderer freier Netzwerke in der Region Aachen V.i.G.“ gefördert werden. Die Förderung kann nur für eine nicht-kommerzielle Arbeit erfolgen.

Der Verein ist aus der Aachener Ortsgruppe des „Freifunk Rheinland e.V.“ hervorgegangen und hat als Satzungszweck die Verfügbarkeit offener, frei zugänglicher Netzwerke zu för-

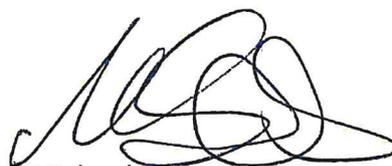
dern. Der Verein organisiert die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zum Betrieb der Netze – insbesondere Freifunk – und hilft Bürgerinnen und Bürgern bei der Einrichtung der Netze. Die Stadt Aachen führt derzeit erste Projekte in Kooperation mit der Gruppe durch. Es ist zu erwarten, dass die Nutzung von Freifunk dadurch deutlich ansteigen wird. Da die Betriebskosten direkt mit der übertragenen Datenmenge zusammenhängen, ist eine Beteiligung der Stadt an den Kosten angebracht. Im Haushalt für das Jahr 2018 wurden zu diesem Zweck Mittel in Höhe von 8.000 Euro für 2018 und 12.000 Euro für 2019 zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sollen für die Förderung der Aktivitäten des Vereins, insbesondere für Betrieb und Wartung notwendiger Infrastruktur beim Einsatz von Freifunk sowie zur Kostendeckung der Unterstützung der Stadt Aachen bei der Ausleuchtung öffentlicher Einrichtungen dienen.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Elke Eschweiler

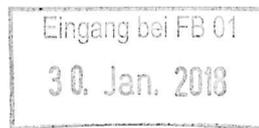
personalpol. Sprecherin
CDU-Fraktion



Daniela Lucke

Vorsitzende Personal- und
Verwaltungsausschuss
SPD-Fraktion

An den Oberbürgermeister der Stadt Aachen
Herrn Marcel Philipp
Rathaus
52062 Aachen



Nr. 331/17

29. Januar 2018
GRÜNE 04 / 2018

Ratsantrag

„Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“ Kapellenstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Kapellenstraße wird zwischen dem heutigen Zebrastreifen Ecke Viehofstraße und der Einmündung Malmedyer Straße in einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich umgewandelt.

Begründung

Dieser Bereich entlang des Marktplatzes ist für Burtscheid von zentraler Bedeutung. Die Geschäfte, der Markt, aber auch die Gastronomie im Ferberpark ziehen viele Menschen an, und die meisten müssen irgendwo die Kapellenstraße überqueren.

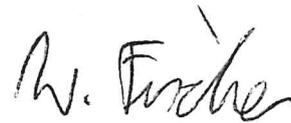
Schon aufgrund der randständigen Lage des Zebrastreifens wird dieser heute nur von denjenigen genutzt, die dort in der Nähe ihr Ziel haben. Die Gastronomie im Ferberpark, der Kiosk, und die Geschäfte in der Nebenfahrbahn der Kapellenstraße erfordern aber viele weitere Querungsmöglichkeiten.

Die Exkursion "gemischte Verkehrsräume" hat für Politik und Verwaltung deutlich aufgezeigt, dass der "verkehrsberuhigte Geschäftsbereich", eine Tempo-20-Zone, ein geeignetes Mittel der Verkehrsberuhigung und vor allem der Ermöglichung sicherer Querungen durch gegenseitige Rücksichtnahme ist.

Mit freundlichen Grüßen



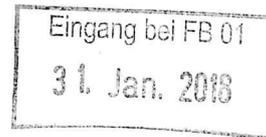
Melanie Seufert
Fraktionssprecherin



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Nr. 332/17

Aachen, 31. Januar 2018

Ratsantrag: Erarbeitung eines gesamtstädtischen Konzeptes zur Sozialentwicklung in der Stadt Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der entsprechenden Fachbereiche und aller relevanten externen Akteure (z. B. die Träger der freien Wohlfahrtspflege und das Gesundheitsamt) ein gesamtstädtisches Konzept zu erarbeiten, wie sich die Stadt unter sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln soll.

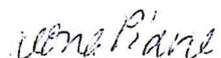
Begründung

In seinen Empfehlungen zur Zukunft der sozialen Stadtentwicklung hebt der zweite Sozialentwicklungsplan hervor, dass der quartiersbezogene Ansatz ein richtiger Weg ist, den es weiter zu entwickeln gilt. Gleichzeitig hält er es aber für notwendig, den gesamtstädtischen Blick stärker in den Fokus zu rücken, um strategische Ziele zur Sozialentwicklung zu erarbeiten. Themen wie die Folgen der zunehmenden Altersarmut, der fehlende bezahlbare Wohnraum oder die Integration von Geflüchteten betreffen nicht nur die Quartiere mit besonderem Handlungsbedarf, sondern stellen Herausforderungen für die ganze Stadt dar. Darum ist die Entwicklung eines gesamtstädtischen Konzeptes zur weiteren Sozialentwicklung vonnöten.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Leona Piana